

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

11.2.1925 (No. 35)

Eraktion:
Karlstr. 14
Verleger:
Nr. 958
und 954
Postkontokonto
Karlstr.
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. A.
Karlstr.

Bezugpreis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. -- Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. -- Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein
Stebentl Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche
weiter Verbreitung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. -- Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in
unserer Lieferant, hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. -- Für unregelmäßige Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Oesterreichs.

Die österreichische Regierung hat den Leiter des
österreichischen Konsulats in Mannheim, Herrn Ernst
August Bodenheimer zum Honorar-Generalkonsul ernannt. Nachdem ihm das Reich das Exequatur erteilt
hat, ist Generalkonsul Bodenheimer zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen erneut zugelassen. Der
Amtsbezirk des Konsulats in Mannheim bleibt unverändert.

Die bevorstehende Steuerreform

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen gab Staatssekretär
Böhm ausführlichen Bericht über die bevorstehende Steuerreform. Der Staatssekretär machte eingangs seiner Darlegungen
darauf aufmerksam, daß die Steuerreformwünsche vom Reichsrat einer gründlichen Beratung unterzogen würden, und
daß deren Ergebnis noch abzuwarten sei. Seine Mitteilungen seien daher zunächst nur eine Information über die Entwürfe.

Vorweg wies er auf den engen Zusammenhang der drei großen
zeitig schwebenden Fragen, der Aufwertung, des Finanzausgleichs und der Steuerreform hin, deren gemeinsame
und bestmögliche Lösung eritrebt werden müsse. Was insbesondere das Aufwertungsproblem betreffe, so könne darüber
keinesfalls ohne sorgfältige Beachtung der Finanzwirtschaft entschieden werden. Die Gesetzesentwürfe sind in erster Linie
ein Steuerüberleitungsgezet, das sich mit der Frage befaßt, was aus den Vorauszahlungen des Jahres 1924 wird, und wie
die Vorauszahlungen für das Jahr 1925 gestaltet werden sollen. Des weitern kommt zur Verhandlung ein neues Einkommensteuergesetz, ein neues Körperschaftsteuergesetz, ein
Gesetz über die Vermögenssteuer, eines für die Erbschaftsteuer, ein Reichsbewertungsgesetz, ein Gesetz für Verkehrssteuern und endlich ein Gesetz über die gegenseitigen Besteuerungsrechte von Reich, Ländern und Gemeinden.

Grundsätzlich sei die Einheitlichkeit der Gesetzesausführungen,
der Bevollmächtigung des Reichsfiskus auf steuerlichem Gebiet wieder zur Geltung gebracht worden. Um mit den unter
Zwang der Nachkriegszeit geschaffenen Einschränkungen des Reichsfiskus vollkommen aufzuräumen, werde man zu der
früheren Zusammenfassung der Steueransprüche zurückkehren. Die zur Veranlagung der Einkommen- und Vermögenssteuern
mitwirkenden Finanzgerichte würden wieder in ihrer vollen Zusammensetzung entscheiden. Vor allem aber solle die
Vorfahrt beseitigt werden, die den Rechtsmittelnweg an die Finanzgerichte und den Reichsfinanzhof ausschließt.

An der Einheitlichkeit der Reichsfinanzorganisation wird
festgehalten werden müssen, dagegen soll dem als berechtigt anerkannten Wünsche der Länder entsprechend in höherem
Maße als es nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung der Fall ist, den Behörden der Länder und Gemeinden an dem
Veranlagungsgezet Beteiligung gewährt werden. Es wird in dem Gesetze vorgesehen, daß die Vorauszahlungen der Einkommensteuern nicht mehr monatlich zu leisten sind, sondern
vierteljährlich. Die Zahlungsstermine sollen so besetzt werden, wie sie den besonderen Bedürfnissen der Steuerpflichtigen entsprechen. Das gilt vor allem von der Landwirtschaft, die nur
dreimal im Jahre Steuern zahlen soll und zwar am 15. Februar, am 15. Mai und am 15. November, weil der Zahlungsstermin des 15. August noch mitten in die Ernte fällt, in der
flüssige Mittel vielfach fehlen.

Bei der Einkommensteuer muß man sobald wie möglich zu
der Besteuerung nach dem Ertrag, bei der Vermögenssteuer zu der Besteuerung nach dem Ertragswert kommen. Das Maximum der Einkommensteuerbelastung wird so nicht über 33%
Proz. hinausgehen dürfen. Für den Tarif werde man, wie bisher, von 10 Proz. ausgehen müssen. -- Wenn der Reichsrat
nichts wesentliches ändert, so würden künftig bei 24 000 M. Einkommen 15 Proz., bei 48 000 M. 20 Proz., kurz vor 100 000
Mark 25 Proz. und 33% Proz. kurz vor 600 000 M. erreicht. Bei der Vermögenssteuer muß an dem Satz von 0,5 Proz. festgehalten werden. Einer weiteren Steigerung der Sätze
hätten schwerwiegende Bedenken entgegen. Das verlorene Kapital müsse neu gebildet werden. Aus diesem Grunde müsse für
die nächste Zeit auch die Vermögenszuwachssteuer unerwogen bleiben, dagegen soll der Abzug vom Kapitalertrag als wichtigstes
steuerrechtliches Hilfsmittel aufrecht erhalten werden.

Auf dem Gebiete der Verkehrssteuern würden gewisse Milderungen
der Steuerfäße vorgeschlagen. Auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer werde man nicht bei den bisherigen Sätzen
verbleiben können. Bei dem Kindererbe werde die höchste Belastung künftig 15 Proz. betragen. Die Heranziehung der
werbenden Betriebe, die sich in öffentlicher Hand befinden, also etwa Gas- und Elektrizitätswerke der Gemeinden und Bergwerke der Länder usw. sollen weiter ausgebaut werden. Wer
sich am Erwerbsleben beteiligt, gleichgültig ob in öffentlichen Betrieben oder in privaten, muß auch mit gleichen Spesen
arbeiten. In diesem Punkte sei allerdings mit größtem Widerstand zu rechnen.

Bezüglich des steuerfreien Lohnes soll vorgeschlagen werden,
daß, wenn mehr als drei Kinder vorhanden sind, die Senkung des Steuerfähes nicht 1 Proz., sondern jedesmal 2 Proz.
für das 4. und jedes weitere Kind betrage. Die Besteuerung des Ehegattenverbes soll in Zukunft fortfallen, wenn leiblich
Abkömmlinge des Erblassers vorhanden sind. Die Erhöhungen der Verbrauchsteuern würden sich lediglich auf den Verbrauch
von gewissen entbehrlichen Genussmitteln beschränken. Die Aufhebung der Luxussteuer sei nicht angängig und zwar schon
deshalb, weil die Summe von 150 Millionen in Frage stehe. Was die Umsatzsteuer anbelangt, so würden neue Vorschläge
nicht unterbreitet werden.

* Luther und Marx

Reichskanzler Dr. Luther, der sich z. B. auf einer Rundreise
durch West- und Süddeutschland befindet, wird am morgigen Donnerstag auch der badischen Regierung in
Karlsruhe seinen Besuch abstaten. Die badische Öffentlichkeit hat alle Veranlassung, diesem Besuch mit Interesse
und Aufmerksamkeit entgegenzusehen. Zumal dabei neben den Besprechungen mit der bad. Regierung selbst eine
vertrauliche Aussprache über wirtschaftliche und politische Fragen stattfinden soll, zu der auch Vertreter des Landtags,
der Wirtschaftskreise und der Presse geladen sind.

Der Reichskanzler hat bei seiner Anwesenheit in Köln
wieder zu längeren politischen Ausführungen das Wort ergriffen. Und auch diesmal sind diese Ausführungen
so, daß man ihnen auch in Baden im großen und ganzen zustimmen wird. Außenpolitisch will Herr Dr. Luther
nach wie vor eine Politik des Ausgleichs und der Verhandlungen fortsetzen und berechnete Anstände, die
etwa von seiten der Alliierten in der Frage der Entwaffnung erhoben werden, oder sonst irgendwie zur
Kenntnis der Deutschen Reichsregierung gelangen, auf das schnellste beseitigen. In der Frage der Räumung
der Kölner Zone bleibt der Kanzler bei dem bisherigen Standpunkt des deutschen Kabinetts. Vor allem wendet
er sich dagegen, daß die Frage der Räumung womöglich mit anderen, nicht im Friedensvertrag als Vorbedingung
festgelegten Umständen verknüpft wird. Gemeint ist damit der Komplex dessen, was Frankreich unter der
Frage der Sicherheiten versteht.

Deutschland will an der Lösung dieser Sicherheitsfragen
positiv mitarbeiten. „Sollte man aber von der Lösung dieser Frage die Räumung abhängig machen, so muß
dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Vertrage von Versailles findet, zurückgewiesen werden. Der Gedanke
würde obendrein den Niederbruch der juristischen und moralischen Grundlage für das Zusammenleben der
Völker überhaupt bedeuten. Es wäre nicht nur das Gegenteil des Geistes, der zur Genugtuung Deutschlands im
Londoner Abkommen zum Ausdruck gekommen ist, sondern es wäre überhaupt das Gegenteil des Gedankens
der internationalen Vereinbarungen, ja meine Damen und Herren, das Gegenteil des Gedankens der
Sicherungsverträge selbst. Denn auch diese Sicherungsverträge müssen eben, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen,
unter dem Gesichtspunkt der Achtung vor den Verträgen stehen. Unter diesem Gesichtspunkt der Achtung vor den
Verträgen müssen wir auch die Bestimmungen in Anspruch nehmen, die sich beziehen auf die Räumung der
nördlichen Rheinlandszone und in denen von Sicherheitsbedingungen nichts enthalten ist.“

Wenn wir die bisherigen Reden des Kanzlers richtig
verstanden haben, so ist er wohl jedoch trotz alledem bereit, Verhandlungen zu erleichtern, die die Frage der
Räumung der Kölner Zone und die Frage der Sicherheiten auf der Basis eines vernünftigen Kompromisses
erledigen könnten, d. h. also bereit, praktisch an die Stelle einer formaljuristischen Auffassung die rein politische zu
setzen, falls diese politische Auffassung -- und sei es eben auf dem Wege des Kompromisses -- zu einem auch
menschlich befriedigenden Ergebnis führt.

Was die innere Politik betrifft, so hat der Reichskanzler
erklärt, daß die Reichsregierung, wenn sie sich auch auf eine ganz bestimmte Mehrheit stütze, das größte
Gewicht darauf lege, immer wieder zu betonen, daß diese Mehrheitsbildung keinen Ausschluß der anderen an der
Mitarbeit bedeute, sofern diese anderen bereit sind, im staatsbejahenden Sinne mitzuarbeiten. Und da die ganz
überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu solch staatsbejahenden Mitarbeit bereit ist, sei es die Aufgabe des
Kanzlers, dafür zu sorgen, daß sich die deutsche Willensbildung auf möglichst breiter Grundlage vollzieht. In demselben Zusammenhang hat dann der Reichskanzler
gebeten, die sachliche Opposition gegen das Kabinett nicht in Gehässigkeit und Feindschaft ausarten zu lassen.

Sobiel wir uns entsinnen, hat Herr Dr. Luther bei der
Zusammenstellung seines Kabinetts einen Versuch, auch dieses Kabinett selbst auf die von ihm in Köln geforderte
breite Grundlage zu stellen, nicht gemacht. Er ist von der Annahme ausgegangen, daß bei einer solchen Kabinettsbildung im Reich die Sozialdemokraten doch nicht in Betracht kämen, und hat demgemäß ein Kabinett
zustandegebracht, welches seiner persönlichen Zusammensetzung nach mehr ein Rechtskabinett, als ein Kabinett der
Mitte ist. Wenn der Reichskanzler nunmehr bestrbt ist, die
Laten dieses Kabinetts so zu beeinflussen, daß in der Praxis doch noch eine Politik der Mitte herauskommt, so wird
das sicherlich allenthalben begrüßt werden. Voraussetzung

bleibt allerdings dabei, daß es ihm gelingt, auch die
Deutschnationalen, die einseitigen noch vielfach als eine Belastung des Kabinetts betrachtet werden, zu einer
ehrlichen Mitarbeit an einer Politik der Mitte zu erziehen.

Auch das Ausland wird schließlich das Kabinett Luther
nach seinen Taten zu beurteilen haben. Und wir möchten nur wünschen, daß die bisherigen Reden Dr. Luthers,
die offensichtlich einer Politik des Friedens und der Verständigung dienen sollen, trotz der deutschnationalen
Teilnahme an der Regierung auch im Ausland in einem uns nützlichen Sinne gewertet werden.

Der Ausgang der Ministerpräsidentenwahl in Preußen
wird ja ganz zweifellos im Ausland als ein Vorgang betrachtet werden, der die Nachstellung der Republik als
Staatsform sichert und die Möglichkeit einer reaktionären Politik einstweilen ausschließt. Der zum preussischen
Ministerpräsidenten gewählte, bisherige Reichskanzler Dr. Marx hat sich zur Annahme des Amtes offiziell noch nicht
bereit erklärt. Er will erst zuvor sein Kabinett zusammenbringen.

Grundsätzlich wird Dr. Marx auch jetzt wieder an alle
staatsbejahenden Parteien, d. h. alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten u. Nationalsozialisten, herantreten. Wenn, wie anzunehmen ist, diese Aktion nicht zum Ziele
führt, will Dr. Marx ein Kabinett bilden, in welchem vor allem das Zentrum und die Demokratie vertreten ist, und
in welchem die Sozialdemokratie sich lediglich mit einem Ministerposten, dem des Innenministers (Severing), begnügt. Dieses Begnügen würde ein verständnisvolles
Entgegenkommen der Sozialdemokratie bedeuten, welches mit der Erwartung begründet würde, daß dann die Deutsche
Volkspartei das Kabinett toleriert, d. h. ihm gegenüber wohlwollende Neutralität bewahrt. Ferner käme wohl
auch noch eine Teilnahme der Wirtschaftsparteiler an der Kabinettsbildung in Betracht. Es brauchte nur die Hälfte
der Wirtschaftspartei für das Kabinett zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten, so würde eine Mehrheit im
Parlament damit gewonnen sein. Allerdings dürfte man sich nicht verhehlen, daß das eine Konstruktion wäre, die
auf recht schwachen Füßen steht. Und besser wäre es, wenn es gelänge, die Deutsche Volkspartei zu einer
Haltung wohlwollender Neutralität zu bewegen. Das Zentrum hat ja die Möglichkeit, durch den Hinweis auf seine
eigene entsagungsvolle Mitarbeit im Reichskabinett dieselbe Haltung von der Deutschen Volkspartei im
preussischen Kabinett zu verlangen.

Marx preussischer Ministerpräsident

Der preussische Landtag hat am Dienstag den früheren
Reichskanzler Dr. Marx (Zentr.) in der Stichwahl mit 223 Stimmen zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Der
deutschnationalen Kandidat von Richter erhielt 102 Stimmen. Eine Lösung der Krise und eine Klärung der Situation
in Preußen hat auch dieser Wahlausgang nicht gebracht, weil nach wie vor die Frage offen bleibt, ob eine Erweiterung
der Regierungsbasis möglich, oder ob auch ohne diese die Regierungskoalition sich behaupten kann. Herr Marx, der durch die Wahl
den offiziellen Antrag zur Regierungsbildung erhalten hat, kann sich darauf berufen, daß nach dem Wahlausfall die Rechte
nicht in der Lage ist, eine Regierung zu bilden, daß ein solche vielmehr nur auf der Grundlage der alten Koalition mit einer
teilweisen Erweiterung möglich ist.

Aber die Wahl des Dr. Marx schreibt die „Germania“,
Marx habe die Wahl noch nicht angenommen. Er werde dies erst tun, wenn er die Verhandlungen mit den Parteien abgeschlossen habe. Alle Mitteilungen über die Namen der zukünftigen
Minister seien verfrüht. Dr. Marx werde noch heute Dienstag die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Er
werde sich mit Ausnahme der Kommunisten und der Volkischen mit allen Parteien in Verbindung setzen. Von dem Verhalten
der Parteien dürfte es abhängen, ob Dr. Marx sein Ministerium bilden werde. Verbleibe die Deutsche Volkspartei bei ihrem
ablehnenden Standpunkt, dann werde Dr. Marx ein Kabinett bilden, das sich parlamentarisch in der Hauptsache auf
das Zentrum und die Demokraten stütze. Über die Absichten Marx leilt die „Germania“ noch mit, daß das Ideal von Marx
immer die Erreichung einer wahren Volksgemeinschaft gewesen sei. An deren Verwirklichung sei im preussischen Landtag
im Augenblick noch weniger zu denken, als es im Reichstag der Fall sei. Es werde Marx deshalb wohl nichts anderes übrig
bleiben, als ein kleines Kabinett aus Zentrum und Demokraten zu bilden. Das Zentrum dürfte neben dem Präsidium die
Ministerien für Justiz, Wohlfahrt, Finanzen und Landwirtschaft befehen; die Demokraten sollen das Kultus- und
Handelsministerium erhalten, während das Innenministerium, wie bereits gemeldet, von Severing als Nachminister weiter
verwaltet werden soll.

Im Anschluß an die Wahl des Ministerpräsidenten hat der
preussische Landtag sein Präsidium endgültig gewählt. Zum Landtagspräsidenten wurde der sozialdemokratische Abgeordnete
und bisherige Präsident Bartels mit 215 Stimmen wiedergewählt. Zum Vizepräsidenten wurden auf Vorschlag die Abg.
Winkler (Dn.), von Aries (Dn. Sp.), Porck (Zentr.) gewählt.

Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 10. Februar.

Am Regierungstisch: Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Die „Gita“

Abg. Dr. Becker-Olsen (Dt. Rp.), der sich gegen die Angriffe des „Berliner Tageblattes“ im Zusammenhang mit Krediten, die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsverbänden gegeben worden sind, wendet. Die Gita sei bereits im Jahre 1919 unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister gegründet worden, um in der schweren Übergangszeit gewerblichen Unternehmungen Mittel für die Demobilisierung zu gewähren. Als es während des Ruhrkampfes notwendig wurde, auch kleineren und mittleren Unternehmungen mit Krediten beizustehen, benutzte man der Einfachheit halber die schon bestehende Organisation der Gita. Die Großindustrie war schon wegen der Beschränkung der Mittel der Gita von vornherein davon ausgeschlossen. Der Redner bezeichnet die Behauptung, daß er (Becker) mit der Schwereindustrie verflochten sei als gemeine und ehrschmeichele Verleumdungen. Er sei nur einmal im Vorstand der rheinischen Stahlwerke gewesen. Dieses Verhältnis wurde gelöst, als er in das Kabinett Cuno eintrat. Nur einem Düsseldorf-Werke sei ein Kredit eingeräumt worden, da sonst einige Tausend Arbeiter hätten entlassen werden müssen. Wenn ein Betrag von 2000 Goldmillionen genannt werde, so sei ja schon festgestellt, daß höchstens ein Betrag von 10 Goldmillionen in Frage kommt.

Das Haus tritt nach einer Geschäftsordnungsdebatte über die Besprechung der Erklärung in die Tagesordnung ein.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

wird mit der Besprechung des Abschnitts „Tarifverträge und Lohnwesen“ fortgesetzt.

Abg. Frau Behm (Dtn.) fordert baldige Vorlegung des Seimarbeiterlohngesetzes.

Abg. Frau Sender (Soz.) wünscht, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeitnehmervertreter zugezogen werden. Die Rednerin beantragt, Mittel zur Heranbildung von Arbeitern in Wirtschaftsfragen in einer Arbeiterakademie zu bewilligen.

Ministerialdirektor Eigner erklärt, die Tätigkeit des Schlichters habe sich durchaus bewährt. Eine Statistik darüber werde ausgegeben werden. Die Tarife der Angestellten wären nie zustande gekommen, wenn nicht das Arbeitsministerium mit einer gewissen Energie eingegriffen hätte.

Über die Frage der Ausschußüberweisung eines sozialistischen Antrages auf Bewilligung von 20000 Mark für die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. muß Auszählung erfolgen, da die Abstimmung zweifelhaft bleibt. — Mit 189 gegen 94 Stimmen wird Verweisung an den Hauptausschuß beschlossen.

Es folgt die Besprechung des Abschnitts „Wohnungs- und Siedlungswesen“

und zwar zunächst des Wohnungswesens.

Abg. Silbermann (Soz.) betont, daß auch hier Bestrebungen im Gange seien, die alten Zustände der ungebundenen Wohnungswirtschaft wieder einzuführen. An einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschutzes dürfe man nicht denken, sondern man müsse zu einem Volkswohnrecht kommen.

Abg. Winnefeld (Dt. Rp.) erklärt, die Wohnungsfrage dürfe nicht nach politischen Motiven behandelt werden. Der Redner fordert Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, des Mieterschutzes und Schaffung eines Übergangsgesetzes. Mit höheren Mieten müsse selbstverständlich auch eine entsprechende Regelung der Löhne verbunden sein.

Abg. Eichhorn (Komm.) stellt fest, daß die Not der Mieter tausendmal größer sei, als die der Hausbesitzer.

Abg. Bartschat (Dem.) hofft, daß noch eine Verständigung zwischen Hausbesitzern und Mietern möglich ist. Eine Änderung in der Wohnungszwangswirtschaft müsse auf jeden Fall erfolgen. Selbstverständlich könne die ganze Zwangswirtschaft heute noch nicht fallen.

Abg. Mühlberg (Dem.) betont, daß die Voraussetzung für die Beseitigung der Zwangswirtschaft eine umfangreiche Hausbautätigkeit sei. Der Redner fordert, daß dem Volkswohnrecht entscheidender entgegengetreten werde. Der Redner verlangt weiter ein Bodenreformgesetz, um der Boden speculation entgegenzutreten.

Abg. Dr. Steiniger (Dt. Nat.) wünscht planmäßigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und größere Einseitigkeit bei der Verwendung der Hauszinssteuer.

Abg. Jörissen (Wirtsch. Pg.) erklärt, mit einem Sprung könne man nicht zur freien Wirtschaft übergehen, aber der Anfang müsse gemacht werden.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums betont, daß die Regierung beabsichtigt sei, auf eine Einheitslichkeit der Mietsätze in den Ländern hinzuwirken.

Nach 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittags 2 Uhr vertagt.

Der Prozeß gegen die deutsche „Tscheka“

hat am Dienstag unter starkem Andrang des Publikums vor dem 1. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Leipzig begonnen. Von Seiten der Polizei sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Es handelt sich um 16 Angeklagte.

Nachdem Senatspräsident Dr. Niedner die Verhandlungen um 10 Uhr eröffnet hatte, teilte einer der Verteidiger, Dr. Löwenthal, mit, daß als Zeuge auf Grund des § 220 der neuen Strafprozessordnung auch Senatspräsident Dr. Niedner als Zeuge geladen sei. Senatspräsident Dr. Niedner erklärte, daß er der Einladung keine Folge leisten werde und erbat eine Aussetzung des Reichsanwalts hierzu. — Reichsanwalt Dr. Neumann verwies auf die Geflohenheit der Reichsgerichtsordnung, nach der eine Ladung des Gerichtsvorstehenden unzulässig sei. Ein über diese Frage herbeigeführter Gerichtsbeschluss lehnte den Antrag der Verteidiger ab. Im weiteren Verlauf verlangten die Verteidiger die Ablehnung des gesamten Staatsgerichtshofes, nicht nur des Vorsitzenden Dr. Niedner. Der Reichsanwalt sprach sich dagegen aus. Das Gericht wies schließlich den Ablehnungsantrag gegen Dr. Niedner als ungegründet und dem gegen den Gerichtshof als unzulässig zurück.

6 Jahre Amtszeit des Reichspräsidenten. Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß mit dem heutigen Tage sich sechs Jahre vollenden, seit die Nationalversammlung in Weimar Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik gewählt habe. Das Blatt schreibt aus diesem Anlaß, es sei in hohem Grade das Verdienst des Reichspräsidenten, daß er durch alle Krisen hindurch den Verfall des Reiches und einen sinnlosen, vollvernichtenden Kampf aller gegen alle verhindert habe. Dieses Verdienst werde nicht nur in der sozialdemokratischen Partei, sondern auch in allen republikanischen Bürgerkreisen und ganz besonders im Auslande anerkannt.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Der sächsische Landtag beschäftigte sich am Dienstag mit einem Antrag der Deutschen Volkspartei, einen Ausschuß zur Untersuchung der Beziehungen der sächsischen Regierung zu Barmat einzusetzen, sowie über einen, denselben Gegenstand betreffenden kommunistischen Antrag. Wirtschaftsminister Müller erklärte, daß alles getan werde, um das zur eingehenden Untersuchung benötigte Material herbeizuschaffen. Er habe aber den Eindruck, als ob das Interesse der Kommunisten mehr parteipolitischer Natur sei, als ein Interesse an der Klärung des Barmatfalschs. Wahre sei es, daß die Regierung Lebensmittelgeschäfte mit der Amegina getätigt habe auf Grund eines Angebots, des damaligen Finanzministers und Abgeordneten Schwarz. Der Minister habe aber damals nicht als Vertreter der Regierung gehandelt, sondern als Mitglied des Bezirksausschusses Pirna. Auf den Fall Gradnauer einzugehen, lehne er vorläufig ab, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Nebenfalls habe Gradnauer mit den Lebensmittelgeschäften nichts zu tun gehabt, die lediglich das Wirtschaftsministerium allein betreffen. Die sächsische Staatsbank habe mit den Barmats nichts zu tun gehabt, da sie erst später gegründet worden sei. Nach längerer Debatte nahm der Landtag den Antrag der Deutschen Volkspartei an und setzte einstimmig einen 11gliedrigen Untersuchungsausschuß ein, der auch über den Antrag der Kommunisten in Betreff der Angelegenheit Gradnauer verhandeln soll.

Der vom preussischen Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuß für die Vorkommisse bei der Landesfinanzreform hielt Dienstagabend unter dem Vorsitz des Abg. Leinert (Soz.) seine konstituierende Sitzung ab. Er besprach den Arbeitsplan. Nach der Wahl von vier Schriftführern wurde der Abg. Hall zum Berichterstatter gewählt.

Reichspostminister a. D. Höpfe ist Dienstagabend, nachdem er zu einer Vernehmung beim Oberstaatsanwalt bestellt war, im Gerichtsgebäude zu Berlin vorläufig festgenommen worden. Höpfe, der am Montag sein Mandat zum Reichstag niedergelegt hat, war nachmittags telephonisch zur Vernehmung bestellt worden. Die Dinge, die ihm zur Last gelegt werden, beziehen sich natürlich auf die von ihm in seiner Amtszeit als Postminister gemachten Kredite und anderen Geldgeschäfte mit dem Barmatfalsch und anderen Unternehmungen, vor allem auch mit der Depositen- und Handelsbank. Die „Frankf. Pg.“ glaubt, daß man daran denke, Höpfe wegen Verdunkelungsgefahr in Haft zu behalten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, ist der Zentrumsabgeordnete Range-Hegemann vom Vorstand der Zentrumsparlei des Reichstages aufgefordert worden, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Der Abg. Range-Hegemann ist dieser Aufforderung noch nicht nachgegeben. — Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge soll die Staatsanwaltschaft die Zentrumsfraktion darum ersucht haben, den Reichstagsabg. Range-Hegemann zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen. Im anderen Falle würde der Staatsanwalt an den Reichstag das Ersuchen um Aufhebung der Immunität stellen und Range-Hegemann werde in Untersuchungshaft genommen werden.

Lauf Tätigkeits-Rundschau eröffnete das Amtsgericht Charlottenburg den Konkurs über das Antiklerische Vermögen. Die angemeldeten Forderungen belaufen sich auf rund 30 Millionen Geldmark, so daß, wie das Blatt erklärt, mit einem Verlust der Kredite der preuß. Staatsbank gerechnet werden müßte. Die nächste Gläubigerversammlung soll noch in diesem Monat stattfinden.

Vom niederländischen Konulat in Berlin wurde am Dienstag Julius Barmat amtlich mitgeteilt, daß die seinerzeit von ihm als Gehilfen für seine beantragte Nationalisierung als Holländer hinterlegten Geldbeiträge wieder zu seiner Verfügung ständen, nachdem sein Nationalisierungsantrag früher abgewiesen worden war.

Politische Neuigkeiten

Reichskanzler Luther in München

Reichskanzler Luther wollte am Dienstag in München, wo zu seinen Ehren eine Reihe von Empfängen stattfand. Bei dem Empfang, den der Ministerpräsident Dr. Held gab, dankte Dr. Held dem Reichskanzler für seinen Besuch, in dem zum Ausdruck komme, daß Dr. Luther auch für die Reichspolitik auf die Mitwirkung der einzelnen Staaten den allergrößten Wert lege. Er habe dem Reichskanzler bereits im Reichsrat Fragen vorgelegt, die in Bayern von aktueller Bedeutung seien, und er sei überzeugt, daß der Reichskanzler den allergrößten Wert darauf legen werde, mit der bayerischen Staatsregierung und dem bayerischen Volke zum Besten des Ganzen zusammenzuarbeiten.

Der Reichskanzler Dr. Luther dankte dem bayerischen Ministerpräsidenten für die freundliche Begrüßung, sowie für die sachgemäße Führung, die es ihm ermöglichte, während seines kurzen Münchener Aufenthaltes die Dinge, welche das Reich und Bayern ganz besonders in gemeinsamer Arbeit verbinden, deutlich vor sich zu sehen. In dieser begonnenen gemeinschaftlichen Arbeit sehe er den Weg, um auf das beste dem Wohl des Landes zu dienen. Er habe als ersten Leitgedanken für die ganze Arbeit seines Kabinetts die Notwendigkeit rein sachlicher Arbeit ausgesprochen. Dies bedeute, daß sich das Staatsleben sehr wesentlich in der Behandlung von vielen Einzelfragen auswirke, und daß man eben dadurch, daß immer wieder auf neue Wege gesucht werden, die rechte Grundlage für das öffentliche Leben zu finden, in ruhiger Entwicklung den Wiederaufstieg des deutschen Volkes finde. Im Mittelpunkt unseres ganzen Denkens steht im Reich die Frage unserer Außenpolitik, die Frage, wie es zunächst mit der nördlichen Rheinlandszone wird. Die dort zu überwindenden Schwierigkeiten sind groß, aber sie werden um so eher überwunden werden, je stärker das ganze deutsche Volk zusammenhält und je besser auch das Ausland sieht, daß das deutsche Volk ein einheitliches Ganzes ist. — Der Reichskanzler betonte weiter, daß nach seiner Ansicht die gesamte politische Vertretung des deutschen Volkes sich nicht allein im Reichstag vollziehe, sondern im Reichstag und in den Länder-Parlamenten. — Der Reichskanzler wies dann auf die Bedeutung der Landwirtschaft für Bayern hin und erklärte, daß wir ohne eine starke Entwicklung der Erzeugung unserer Bodens mit trüben Augen in die Zukunft blicken können. Die Grundlage unseres Volksebens sei die Erzeugung auf unserer heimischen Scholle. Es seien Entwicklungen im Gange, um die Kräfte der Landwirtschaft so zusammenzufassen, daß sie in die Lage käme, wirtschaftliche Auslandskredite aufzunehmen. Der Reichskanzler schloß, er wolle dafür sorgen, daß die Sonne im westlichen Vorhänge über ganz Deutschland auch wieder politisch scheine. Er glaube, daß diese Aufgabe nur zu lösen sei, wenn das Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zwischen den einzelnen Teilen des Volkes immer lebhafter und stärker werde.

Am heutigen Mittwoch vormittags 8 Uhr reiste der Reichskanzler von München nach Stuttgart ab.

Der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission

Der Londoner „Daily News“ berichtet, es bestätigte sich, daß in der Veröffentlichung des Berichtes der Interalliierten Militärkontrollkommission bisher keine Entscheidung erzielt worden ist. Die Bekanntgabe des Dokuments, von dem soviel abhängt, erleide weiterhin eine überraschende und unerwartete Verzögerung. Die letzte zuverlässige Information sei, daß der Bericht nächste Woche bei den Alliierten eingegeben und vielleicht „in“ veröffentlicht werden wird. Aber die Frage der Publikation sei nämlich eine sehr komplizierte Angelegenheit der Alliierten vorhanden. Es scheint, daß die Verzögerung der Veröffentlichung auf die Haltung Großbritanniens zurückzuführen sei. Man sollte jedoch denken, daß die britische Staatsmänner die augenscheinlich voraussetzlichen Schritte beiseite würden, die in Washington und anderswo gezogen würden, wenn der Bericht einmütig vollkommen unterdrückt oder nur in der Gestalt einer Zusammenfassung veröffentlicht werden würde.

Kurze Nachrichten

Austritt August Müllers aus der sozialdemokratischen Partei. Wie die Berliner Mäler melden, ist Staatssekretär a. D. Dr. August Müller aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Er beabsichtigt, sich der demokratischen Partei anzuschließen. Der Grund des Austritts soll den Mältern zufolge darin liegen, daß die sozialdemokratische Partei seine Warnungen, die in der Barmat-Angelegenheit biographischen Persönlichkeiten aus der Partei zu entfernen, nicht befolgte.

Die Pariser deutsch-französischen Verhandlungen. Die „Agentur Omas“ veröffentlicht folgendes Communiqué: Der Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat Dienstag nachmittags von 4 bis 6 1/2 mit dem Handelsminister Raynaldy über die vorliegenden Vorschläge zum Abschluß eines provisorischen Handelsvertrages sowie über die von der deutschen Delegation gestellten Forderungen bezüglich des später abzufolgenden endgültigen Handelsvertrages verhandelt. Die beiden Delegationsführer werden ihre Besprechungen fortsetzen, und man rechnet damit, daß gegen Ende der Woche eine Vollendung stattfinden werde.

24 Stundenrechnung bei der Reichsbahn. Die Reichseisenbahnverwaltung beabsichtigt, Informationen der Mäler zufolge, in absehbarer Zeit bei Aufstellung ihrer Fahrpläne die 24 Stundenrechnung einzuführen.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen nahm in London seine Besprechungen mit dem britischen Schatzamt bei einem modus vivendi hinsichtlich der 2%igen Abgabe wieder auf. Ein grundsätzliches Abkommen scheint, wie aus London gemeldet wird, erzielt worden zu sein. Doch steht die Zustimmung des Transferrates noch aus, das am 18. Februar zusammentritt.

Schwedenfälle in Marseille, die sich am Montagabend nach Beendigung der Katholikerversammlung ereigneten, waren ersten Charakters. Außer etwa 100 Personen, die bei der Schlägerei verletzt wurden, sind bereits zwei Personen im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Verschiedene Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Untersuchung dauert an.

Badischer Teil

Zum Tode des Geh. Rats Dr. Engler

Staatspräsident Dr. Hellpach hat an die Witwe des verstorbenen Geh. Rats Prof. Dr. Engler das folgende Beileidschreiben gerichtet:

„Mit Ihrem Herrn Gemahl, den der Tod von langem, schweren Leiden erlöst hat, scheidet aus der Öffentlichkeit des Badischen Landes eine geistige Führergestalt aus, deren Wirken in seltenem Maße mit dem Kulturzeitalter zwischen der deutschen Einigung und dem Weltkriege verknüpft war. Der Wesensart nach ein echtes Kind seiner Heimat, in seiner politischen Haltung trotz stärkster Vertrauens- und Einflüchtigung am Hofe dennoch nie das Bewusstsein zur Freiheit und Volkstum verleugnend, menschlich und geistlich von einer ungewöhnlichen Anziehungskraft, mit einer Arbeitsfähigkeit ohnegleichen ausgerüstet, hat der Dahingegangene doch vor allem den Wesensstern der Technischen Hochschule, die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse, mit höchsten Erfolgen gepflegt und der nationalen und internationalen Wirtschaft dienlich zu machen geholfen. Dem tief verschleierten Umformungsprozeß, durch den das Erdenleben längst verunkelter Zeitalter zu einer Quelle gegenwärtiger Kraftentfaltung und Kräftebeherrschung wird, hat er an entscheidenden Punkten seine Geheimnisse abgeronnen. An der ältesten Technischen Hochschule Deutschlands, der in diesem Jahre hundertjährigen Friedrichs-Universität, verlor er ein Menschenalter hindurch den vordersten Vorposten des Aufstiegs und der Blüte. Er in erster Reihe war ein unermüdlicher Anwalt des unbedingt wissenschaftlichen Bestes in Forschung und Lehre, ohne den es auch keine angewandte, nutzbare Erkenntnis von bleibendem Wert gibt. Ein gottbegnadeter Lehrer und Redner, ist er vielen Generationen von Schülern Führer, Helfer und Vorbild gewesen. In einer Epoche von oft kleinlicher Spezialisierung bewachte er sich den hohen Zauber einer vielseitigen und dennoch einheitlichen Persönlichkeit, in der Menschentum und Gelehrtentum, Forscher, Lehrer und Organisator gleichsam untrennbar ineinander gestofft blieben. Wer immer an Baden's und Karlsruhe's Kulturbedeutung im letzten halben Jahrhundert bedachten Anteil genommen, dem wird Englers Bild unauslöschlich eingepträgt bleiben.“

Wäge dieses Beileidschreiben Sie und die Ihren alle über den schweren Verlust trösten, zu dem ich Ihnen das aufrichtigste Beileid der Badischen Staatsregierung, mit dem mein persönliches sich besonders herzlich verknüpft, übermittele.“

Polizei und Verkehr

Die Freie Vereinigung für Polizeireform, Sieh Karlsruhe, veranstaltete dieser Tage im Einbernehmen mit den Polizeidirektionen, Stadtverwaltungen und Verkehrsvereinen in verschiedenen größeren Städten Badens Vorträge über moderne Verkehrsmethoden, wobei besonders auf die Verkehrsgefahren unter Berücksichtigung der Belange auch der Schulen hingewiesen wurde. Als Redner hatte sich der Freie Vereinigung Polizeihauptmann Carl-Berlin zur Verfügung gestellt.

Badischer Landtag

Eingänge

Im Landtag ist ein von Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei unterzeichneter Antrag eingegangen, der günstigere Voraussetzungen für die Aufstellungsmöglichkeit der badischen Richter, Notare und Staatsanwälte erstrebt.

Schulparzellen wurden durch Vermittlung der Bezirksparlamente am 1. Januar an der Volksschule Radolfzell nach dem vereinfachten Kartensystem der Zentrale für Jugendparzellen, Essen, Ostmarstr. 28 eingerichtet. Von den 850 Schülern beteiligten sich 471, also über 50 Prozent. Wenn man in Betracht zieht, daß die Eltern zur Entlassung kommenden Schüler sich wegen der Kürze der Zeit nicht beteiligen, so kann wohl ein Prozentsatz von 70-75 Prozent angenommen werden. Die Einlagen beliefen sich in dem einen Monat auf 908,84 Mark. Es ist beabsichtigt, auch für die Realschule, sowie die Fortbildungsschule die Einrichtung zu Ostern in die Wege zu leiten. Benachbarte Gemeinden beabsichtigen ebenfalls die alsbaldige Gründung von Schulparzellen.

Internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe 1925

Für die internationale polizeitechnische Ausstellung, die vom 7. bis 21. Juni 1925 in Karlsruhe stattfindet, ist bereits eine große Zahl von Anmeldungen eingegangen. Neben der preussischen und der badischen Polizei wird sich auch die bayerische Polizei offiziell beteiligen. Ebenso hat die Reichsbahngesellschaft ihre Beteiligung, soweit ihre Belange in Betracht kommen, zugesagt. In das Ehrenpräsidium der Ausstellung sind mit dem badischen Staatspräsidenten und den badischen Ministern, der Präsident des badischen Landtags, der Oberbürgermeister von Karlsruhe, sowie der Rektor der Technischen Hochschule eingetreten.

Zur Frage des Oberheinausbaues

Wie die Handelskammer Konstanz mitteilt, erzielte die vom 2. bis 6. Februar d. J. in Baden-Baden tagende badisch-schweizerische Rheinkommission und die Kongressionäre der Kraftwerke Niederschwarzwald, Dögern und Reiningen eine völlige Übereinstimmung, womit die Kongressionen gesichert sind. Die Kraftübertragungswerke Rheinfelden sind danach zum Umbau des alten Kraftwerks verpflichtet. Für die Sicherheit der Großschiffahrt sind weitgehende Maßnahmen getroffen. Baden und die Schweiz beteiligen sich mit je 25 Prozent. Die Rheinschiffahrt bis zum Rheinfluss ist somit gesichert.

Das Tragen von Abzeichen innerhalb der Schule

Der Gegenstand eines Gesetzes, den das Unterrichtsministerium am 31. Januar an die Schulleiter gerichtet hat. Es heißt darin: „Das Tragen von Abzeichen durch die Schüler im Bereich der Schule hat da und dort zu Mißständen und Unzufriedenheiten innerhalb der Klassenverbände geführt. Um die für eine Schulgemeinschaft notwendige innere Geschlossenheit nicht zu gefährden, ersuche ich die Schulleiter und Schulbehörden, wo es erforderlich erscheint, nach eingehender Aussprache mit den Lehrerkollegen und Beiräten ein Verbot des Tragens von Abzeichen jeglicher Art innerhalb der Schule ins Auge zu fassen.“ gez. Dr. Hellpach.

Landesamt für Arbeitsvermittlung

Die Geschäftsräume des Landesamts für Arbeitsvermittlung befinden sich ab Mittwoch, den 11. ds. Mts., in dem früheren Gebäude des Verwaltungshofes, Karlsruhe, Hans-Thomastraße 19. Fernsprecher: 4868.

Kommunale Rundschau

Die Bürgermeister des Amtsbezirks Kastatt, soweit sie dem Verbande badischer Gemeinden angehören, fanden sich — wie uns geschrieben wird — am 8. Februar 1925 in Kuppenheim fast vollständig zusammen, um wichtige Gemeindefragen, wie Landstreunung, Kapitalbeschaffung der Gemeinden, Steuererhebung und Vorauszahlungsstellung usw. ähnlich wie dies in den übrigen Bezirken des Landes geschieht zu besprechen. Das im Verordnungswege ausgesprochene Verbot der allgemeinen Landstreunung und die Anrechnung einer etwaigen ausnahmsweise zugestandenen Streunung auf den Viehstab wurde lebhaft bekämpft und die Wiederherstellung des auf dem Fortgesetzten beruhenden Zustandes, wonach die Landstreunung als Nebenbenutzung des Waldes den Gemeinden und ihren Angehörigen zugestanden ist, verlangt. Einige Gemeinden wollten nötigenfalls wegen der Bedeutung der Streunung für sie den Weg der verwaltungsgerichtlichen Klage beschreiten. Die durch die verschiedenen Vorstellungen des badischen Gemeindeverbandes erlangten Abänderungen in der Handhabung der Verordnung werden begrüßt.

Amfänglich der Kapitalbeschaffung sieht die Versammlung ein, daß vorerst mit Rücksicht auf die Unwirtschaftlichkeit von Kapitalaufnahmen größte Zurückhaltung und Vorsicht am Platze ist. Bedauert wird, daß durch die Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums und die Richtlinien auf die sich die Länder festgelegt haben, nicht auch Kleinwohnungsbauten und Straßenneuanlagen als werbende Ausgaben angesehen werden, sowie, daß die Richtlinien es vereiteln werden, daß den kleinen Gemeinden überhaupt der von der deutschen Strogentale erwirkte Auslandskredit irgend wie nutzbar gemacht werden kann. Der Gespinntheit der Gebäudeversicherungsanstalt nur größere Darlehen an große Städte und nur für fertige Wohnungsneubauten zu gewähren, soll entgegengetreten werden, weil der Geldbedarf der kleinen Gemeinden verhältnismäßig größer und die Möglichkeit seiner Beschaffung auf andere Weise geringer ist, als bei den großen Gemeinden.

Die Abänderung des Steuerverteilungsgesetzes in dem Sinne, daß die Verteilungsgrundlage nach dem Steueraufkommen des Jahres 1919 beseitigt und an deren Stelle eine den Bedürfnissen auch der kleinen Gemeinden entsprechende gerechte Verteilungsregelung des Einkommens und Körpervermögens festgelegt wird, wird für dringend notwendig gehalten und die diesbezüglichen Vorschläge des Verbandes der badischen Gemeinden gebilligt. Die Rückgabe der unbeschränkten Verfügungsbefugnisse der Gemeinden auf steuerlichem Gebiete wird unentwegt gefordert.

Die geplante Neuregelung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes wird beifolgend und gewünscht, daß neben den sonstigen Änderungsvorschlägen des Landesverbandes die Freigrenze bei der Besteuerung des gewerblichen Betriebsvermögens von den einzelnen Gemeinden anders bestimmt werden kann.

Die Beteiligung der Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer wird deshalb als dringend notwendig bezeichnet, weil

der Gemeindeaufwand für die Straßenunterhaltung hinter dem des Landes zweifellos nicht zurückbleibt und weil diese Steuer sicherlich mit dem zunehmenden Kraftwagenverkehr einen erheblichen Ertrag abwerfen wird.

Die unerträgliche Belastung der Gemeinden mit Arbeiten für die Steuerbehörden ohne ausreichende Entschädigung wird beanstandet.

Es wird als Anrecht empfunden, daß in Gemeinden über 4000 Einwohner mit erweitertem Unterricht die auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl auf 55 herabgesetzt ist, während in den kleinen Gemeinden nach wie vor 70 Schüler auf 1 Lehrer entfallen. Dort wo dies ohne Belastung der Gemeinden durch Schulhaus- und Wohnungsbauforderungen möglich ist, soll die Gleichbehandlung nachdrücklich angestrebt und der entsprechende Antrag des Verbandes badischer Gemeinden unterstützt werden.

Der Ausbildung der Gemeindebeamten soll gemeindlicherseits die größte Aufmerksamkeit zugewendet und insbesondere auch die gründliche Fortbildung der Bürgermeister angestrebt werden. In dieser Hinsicht wird auch die öftere Abhaltung von Bürgermeister-Konferenzen zwecks Unterrichtung über schwerwiegende Gemeindefragen und Herbeiführung einer gegenseitigen Aussprache für dringend wünschenswert bezeichnet.

Aber die Anwendung der vom Verband badischer Gemeinden ausgearbeiteten Musterfassung bei Erlassung von Gemeindebeschlüssen nach § 71 der Gemeindeordnung über die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten wird Aufschluß erteilt.

Die Wandererfürsorge, wie sie vom Kreise Baden geregelt werden soll, wird gebilligt, allerdings hervorgehoben, daß eine übertriebene Wandererfürsorge unter Umständen schädlich sein könnte.

Die Abänderung des Gemeindegewaltgesetzes, insbesondere der Vorschriften über die Wahl der Gemeinderäte wird als notwendig bezeichnet und beantragt, daß der badische Gemeindeverband hierwegen die nötigen Schritte unternimmt.

Zum Schluß wird von dem Vorsitzenden unter Zustimmung der Versammlung hervorgehoben, daß ein verständnisvolles Zusammenwirken mit dem Bezirksamt unbedingt nötig ist, um ein die Gemeindefürsorge förderndes Hand in Handarbeiten sicherzustellen.

Haus der Landeshauptstadt

Beisehung von Geheimrat Dr. Engler

Dienstag nachm. erfolgte unter großer Anteilnahme die Beisehung der Leiche des Geheimrats Dr. Karl Engler auf dem Karlsruher Friedhof. Anwesend waren u. a. Staatspräsident, Dr. Hellpach, Prof. Dr. Engler, Ministerialdirektor Dr. Schwab, Geh. Rat Lewald, Geh. Hofrat Dr. Bins, Oberbürgermeister Dr. Winter, das Professorenkollegium im Ornat und hervorragende Vertreter von Industrie und Handel und auswärtiger Hochschulen. In beiden Reihen des mit Blumen reich geschmückten Sarges nahmen in der Friedhofskapelle die Chargierten aller farbentragenden Korporationen der Karlsruher Hochschule mit 23 Bahnen Aufstellung.

Orgellänge leiteten die Feier ein, worauf Kirchenrat Fischer die Trauerrede hielt. Er führte u. a. aus: Wie vor wenigen Wochen, als wir einen hochbetagten Künstler zu Grab getragen haben, gilt auch heute unsere Totenklage einem Mann, der einen Welt Ruf gehabt hat, dessen Bedeutung ein hellleuchtendes Gestirn darstellt im deutschen Geistesleben und dessen Arbeit ein Ruhmesblatt ist im geistigen Leben der Stadt Karlsruhe. Unserer Hochschule galt während vier Jahrzehnten sein Genie, seine Kraft. Was er bedeutete für unsere Gelehrtenwelt, was sein Name heißt in der Geschichte deutscher Arbeit und deutschen Fortschritts, was er geleistet in politischer Mitarbeit fürs Deutsche Reich und für sein engeres Heimatland, wird von vielen Zeugen hervorgehoben werden. Ein wunderbarer von Gott gesegneter Leben! Bis ins hohe Alter hinein bewachte er sich den klaren, praktischen Blick, den zähen deutschen Gelehrtenfleiß, der unermüdbar den Problemen nachgeht, die ihm entgegenstehen. Und bei all der Arbeit zeichnete ihn die Tiefe des Gemüts aus, das Erfassen der ewigen Werte.

Nach einem Gebet des Geistlichen legten unter ehrenvollen Nachrufen Kränze am Sarge nieder: Rektor Caspar namens der Technischen Hochschule — für den verdienten Lehrer, dessen Ruhm, Größe und Ehre auch unsere Ehre wurde, der den Namen unserer Hochschule in alle Erdteile getragen hat, der Vorstand des Chemischen Instituts, Professor Dr. Freudenberg, zugleich im Namen der deutschen Chemischen Gesellschaft, Professor Vredin namens der Technischen Hochschule und der Karlsruher Chemischen Gesellschaft, Prof. Paulde namens des Naturwissenschaftlichen Vereins und des Vereins Volksbildung, Geh. Hofrat Dr. Curtius-Heidelberger namens der Heidelberger Akademie und der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg (deren Ehren doktor Engler war), ein Vertreter des Vereins Deutscher Chemiker und des Oberheiniischen Bezirks dieses Vereins, Professor König im Namen des Dozenten-, Assistenten- und Privatdozenten-Verbandes der Technischen Hochschule, a. a. Dann wurde der Sarg zu Grabe getragen.

Über 600 nichtverwendete Schulkandidaten und Kandidatinnen hielten am Sonntag in Karlsruhe eine Versammlung ab, um gegen die Nichtverwendung im Dienst zu protestieren. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der verlangt wird: 1. Erhaltung der an der Volkshochschule a. St. errichteten Lehrertellen, 2. Änderung des § 26 des Schulgesetzes zwecks Herabsetzung der auf einen Lehrer entfallenden Schülerzahl, eine zunächst gleichzeitige Anstellung innerhalb des einzelnen Seminars, 3. Ausbau der vor wenigen Tagen erlassenen Einführungsverordnung für Nichtverwendete mit dem Ziele der Verpflichung zur Teilnahme, und 5. die Sicherung dieser Maßnahmen durch Bereitstellung genügender Mittel im Staatsvoranschlag zwecks Gewährung von Unterhaltsgeschüssen der Hilflosen.

Landwirtschaftlicher Vortragskurs. Trotz der schweren Krise ist der Landwirt bemüht, vorwärts zu schieben und sucht jede Gelegenheit zu nutzen, wo er seine Kenntnisse erweitern und neue Anregungen erhalten kann. Der letzte Besuch der von der Badischen Landwirtschaftskammer veranstalteten Vortragskurse, wie des in Freiburg am 3. und 4. d. M. abgehaltenen und von 400-500 Teilnehmern besuchten Kurses, sind dafür der beste Beweis. Auf dringenden Wunsch wird die Landwirtschaftskammer einen eintägigen Vortragskurs in Durlach im Saale des Gasthauses zur „Blume“ am nächsten Samstag, den 14. Februar veranstalten. Es sind dabei Vorträge vorgesehen über Fütterung, über die Steuerbelastung der Landwirtschaft und endlich über die Betriebsberatung der bäuerlichen Landwirtschaft. Der letztere Vortrag von Prof. Dr. Rünzinger-Hohenheim, der schon im letzten Jahre bei dem Vortragskurs in Heidelberg einen bedeutenden Vortrag gehalten hat, dürfte besonderes Interesse finden. (Siehe auch die Anzeige).

Fastnacht. Die hiesige Polizeidirektion gibt bekannt, daß an Fastnacht das Tragen von Larven, sowie der Aufenthalt mit verummanteltem oder unkenntlich bemaltem Gesicht ohne Unterschied des Alters auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten ist, desgleichen das Werfen von Knallkerzen und Konfetti — auch in Wirtschaften. Geistliche Kleidung und Uniformen des Heeres oder der Polizei dürfen nicht getragen werden.

Vorsicht. Allenfalls tauchen jetzt wieder Reisende auf, die in aufdringlicher Weise photographische Vergrößerungen zu einem lächerlich geringen Preis anbieten. Nicht selten erhält dann der Besteller nach einiger Zeit ein rohes, vollständig wertloses Bild mit der Aufforderung, es ausmalen zu lassen. Der Preis für diese minderwertigen Erzeugnisse stellt sich dann höher als der, den man beim einheimischen Photographen für eine erstklassige Qualitätsarbeit bezahlt.

Zu den Schöffengerichtssitzungen in der Sagenstraßeangelegenheit, die am 2. März beginnen, ist der Zutritt nur gegen Karten zulässig, die bei der Gerichtsschreiberei C I zu erhalten sind.

Landestheater. Das zweimalige Gastspiel des noch vom Vorjahre her bei unserm Theaterpublikum in allerbesten Erinnerung stehenden Ruffisch-Deutschen Theaters „Der blaue Vogel“ wartet mit einem Programm auf, das mit seinen zwölf Nummern — außer der letzten — hier noch nicht Dargebotenes bringt. Diese letzte Nummer aber ist der „Leierkasten“, jene tragisch-groteske Straßenszene, die in ihrer erschütternd echten Verkörperung überall so tiefen Eindruck hinterläßt, daß sie im notwendigen Wechsel der erneuerten Programme sogar jenen der ruhenden Punkt bleiben mußte. Die beiden Vorstellungen im Konzerthaus am Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. Februar, beginnen um halb acht Uhr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 10. Febr. Gestern nachmittags etwa gegen 5 Uhr hat bei der Hohlenweide im Redarauer Bld der 54 Jahre alte verheiratete Ländler Johannes Kun, in Redarau wohnhaft, die 22 Jahre alte Arbeiterin Frieda Erhardt aus Redarau durch mehrere Messerstiche getötet. Dem Vernehmen nach hat zwischen den Beiden seit längerer Zeit ein Verhältnis bestanden. Anscheinend waren die ersten Messerstiche, die Kun seinem Opfer beibrachte, nicht tödlich, denn das Mädchen lief scheinbar davon und wurde von dem Kun weiter verfolgt. Ein Messerstich hat dann offenbar die Halsschlagader der Erhardt getroffen, so daß das Mädchen bald darauf starb. Passanten, die das Mädchen schreien hörten, hielten den Täter solange fest, bis er von Polizeibeamten abgeholt wurde.

Magaz, 11. Febr. Am Freitag wird oberhalb der Redarauer Schiffsbrücke der Dampfer „Kronos“, der mit zwei Schleppflößen zu Tal fuhr, von der Röhrttrage ab und geriet hierbei auf Grund. Die Schleppflöße ließen den Dampfer an und schoben ihn fort. Rahn „De Gruber“ wurde samt dem geladenen Rahn „Maria“ quer zum Strom gelegt und beide trieben dann gegen das pfälzische Ufer ab. Dabei wurde der Rahn „Maria“ infolge Nankens im Bug led. Die Brücke kam nicht zu Schaden. Gegen Abend wurde das leere Schiff in den Hafen bei der Rindolcum-Fabrik geschleppt.

Wrrach, 8. Febr. Am Sonntag früh brach in dem Virogebäude der Stoffdruckerei Kochlin-Baumgartner u. Co. Großfeuer aus, das sich ziemlich schnell ausbreitete und bald auch auf die angrenzenden Lagerräume übergriff, die in einer ziemlichlichen Ausdehnung völlig ausbrannten. Soweit sich jetzt überblicken läßt, wurden große Mengen von Halb- und Fertigfabrikaten an mehr als eine Million Goldmark belaufen.

Furtwangen, 9. Febr. Die für die gesamte Uhrindustrie des Schwarzwaldes, ja der Welt, bedeutungsvolle Uhrmacherschule in Furtwangen feiert dieses Jahr ihr 75jähriges Bestehen. Um das Jubiläum in würdiger Weise begehen zu können, werden umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Vom 18. Juli bis 3. August veranstaltet die Ortsgruppe Furtwangen des Verbandes deutscher Uhrenindustrie und der Verwandten Industrie eine große Industriestaustellung.

Stuttgart, 7. Febr. Der Reichsverband der deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe E. V. behandelte auf seiner hiesigen Tagung auf Grund sorgfältiger Vorbereitung seines Bildungsausschusses die fachliche Ausbildung des Nachwuchses für das Gaststättengewerbe. Er begrüßt auf das Lebhafteste die für Ostern 1925 in Aussicht genommene Errichtung der „Höheren Hotelfachschule Heidelberg“ in Verbindung mit der dortigen staatlichen Handelsschule. Die Hotelfachschule stellt sich zur Aufgabe, jungen Leuten, die gehobene Stellungen im Gaststättengewerbe anstreben, eine gründliche, allgemeine und fachliche Ausbildung zu vermitteln. Für befähigte Angestellte mit nur Volksschulbildung und abgeschlossener Lehrzeit ist Gelegenheit geboten, sich durch einen achtwöchigen Kurs in Heidelberg für die „Höhere Hotelfachschule“ vorzubereiten. Der erste Vorbereitungskurs nimmt am 1. März ds. Js. seinen Anfang.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. Febr.		10. Febr.	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.89	169.31	168.94	169.36
Kopenhagen 100 Kr.	74.66	74.84	74.91	75.09
Italien . . . 100 L.	17.42	17.46	17.42	17.46
London . . . 1 Pf.	20.05	20.10	20.07	20.12
Neuhorf . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.51	22.57	22.49	22.55
Schweiz . . . 100 Fr.	80.94	81.15	80.94	81.15
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.92	5.90	5.92
Prag . . . 100 Kr.	12.39	12.43	12.36	12.40

Zustellung überall 100 Prozent

Deutsche Eisenbahnaktienwerte A. G. vorm. Schnabel und Denning C. Stahmer, Zimmermann und Rudloh, Bredschel. Die außerordentliche Generalversammlung vom 30. Jan. 1925 genehmigte einstimmig die Reichsmarkentilgungsbilanz, nach der das Aktienkapital von 80 Millionen Stammaktien und 4 Millionen Vorzugsaktien auf Reichsmark 6 400 000 Stammaktien und Reichsmark 5000 Vorzugsaktien umgestellt wird. Ferner wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um Reichsmark 815 000 Vorzugsaktien mit 20fachen Stimmrecht beschlossen, unter entsprechender Herabsetzung des Stimmrechts der durch die Umstellung geschaffenen Reichsmark 5000 Vorzugsaktien. Wie die Verwaltung mitteilt, ist für das Geschäftsjahr 1924 (i. Oktober 1923 bis 30. September 1924) mit der Ausschüttung einer Dividende zu rechnen.

Pianos - Harmoniums

erste Weltmarken, neu und gebraucht, zu günstigen Preisen und Bedingungen. Frankfurter

Pianohaus Lang

Kaiserstraße 167
Salamanderschuhhaus.
Telefon 1073

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Konsularische Vertretung Österreichs
Die österreichische Regierung hat den Leiter des österr...

Bekanntmachung
Das Generalkonsulat des Königreichs der Serben, Kroaten...

Bekanntmachung
Die Vereinigung der abge-
sonderten Gemarkung Hohenstöffeln mit der Gemein-
de Binningen.

Dem Verein zur Förderung der Pferdezucht in Bayern
wurde die Erlaubnis zum Losbertrieb in Baden erteilt.

Öffentliche Aufforderung

Durch Verleihung der früheren Domänenverwaltung vom
29. September 1891 ist die Berechtigung verliehen worden...

Durch Verleihung der früheren Domänenverwaltung vom
gleichen Tage ist ferner die Berechtigung verliehen worden...

An Personen, welche Rechte aus dieser Eintragung im Berg-
werksgrundbuch besitzen, ergeht daher hiermit die öffentliche...

Durch Verleihung vom 4. August 1924 wurde die Vereini-
gung der abgeordneten Gemarkung Hohenstöffeln mit der...

Öffentliche Aufforderung

Durch Verleihung vom 23. April 1841 ist verliehen worden:
Die Berechtigung, ein Gipserbergwerk im Gemeindefeld...

An Bürgermeister Faulhaber ist die Aufforderung zur In-
betriebnahme des Bergwerks mit Zustimmung abgegeben.

An Personen, welche Rechte aus seiner Eintragung besitzen,
ergeht daher hiermit die öffentliche Aufforderung, alsbald bei...

Ministerium der Finanzen
Abt. f. Salinen u. Bergbau

Spar- und Darlehensverein der Angehörigen der badischen
Staatsverwaltung und der Beamten der Städte der Städte...

I. Verzicht auf die Anmeldung zur Aufwertung
Mit Ermächtigung des Finanzministeriums werden die...

II. Mitgliederversammlung
Am Samstag, den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet
in Karlsruhe im Café Novak im Sitzungszimmer des Beam-

Neue Seiden-Hüte
In allen Preislagen
S. Rosenbusch
Spezialhaus für Damenputz :: Kaiserstrasse 137

Badisches Landestheater
Donnerstag, 12. Februar. 7-10 Uhr.
Die Fledermaus.
Im Konzerthaus.
Donnerstag, 12. Februar. 7 1/2 u. n. 1/2, 10 Uhr.
Erstes Gastspiel des Russischen Deutschen Theaters.
Der blaue Vogel.

Eugen von Steffelin
Femsp. 261 Karlsruhe Femsp. 261
Möbeltransport
Lager :: Spedition

Detektiv Institut
Argus
R. Maier & Co., G. m. b. H.

Banfi sind Edel-Liköre
Über 100 Jahre bewährte Art.
Landw. Vortragskurs Durlach.
Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltet...

Nadel-, Nutzrollen- und
Grubenholz-Verkauf.
Die Evang. Stiftschaf-
nei Mosbach (Baden) ver-
kauft freihändig aus ihren...

HERVORRAGEND
SIND FORM UND GÜTE DER
BAUBUND
MÖBEL
AM RONDELLPLATZ
EIGENE VERKAUFSTELLEN:
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 21

welche zur Konkursmasse
gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Kon-
kursmasse etwas schul-
dig sind, ist aufgegeben...

Stammholzverkauf
Das badische Forstamt Ne-
chingen (Amt Waldshut) ver-
kauft freihändig aus den...

Junge Leute
15-36 J., erlern. Auto-
fahren kostenlos d. Stell-
als Autobegleiter in allen...